



Rede von MdB Eva Bulling-Schröter zur Konferenz von RLS und Linksfraktion im Bundestag

„Wie grün muss die Linke sein?“

am 12. Mai 2007 in Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, liebe Gäste,

„Wie grün muss die Linke sein?“ Dass solch eine Debatte notwendig ist, zeigt der Widerspruch, den der Titel der Konferenz bereits im Vorfeld provoziert hat.

In der Fraktion waren einige der Meinung, das Motto gehe in die F A L S C H E R I C H T U N G . Wir könnten doch nicht den Grünen hinterherlaufen. So wie D I E , wollten wir doch niemals werden! Es gehe doch um einen ganz anderen Ansatz.

Und ein Kollege, der in den letzten Jahren eher weniger als Umweltaktivist aufgefallen ist, meinte: Entweder man sei als Linker auch grün oder man sei eben nicht wirklich links. Das sei doch klar. Insofern könne man sich eine solche Fragestellung sparen.

Liebe Freunde, ich denke, ein solches Herangehen hat etwas vom Motto „Überholen ohne einzuholen“, Walter Ulbrichts. Und ich finde, ein wenig Bescheidenheit stände der Linkspartei hier nicht schlecht.

Ohne Zweifel geht es ausdrücklich N I C H T darum, die Politik von Bündnis 90/Die Grünen zu kopieren oder irgendwem hinterher zu rennen. Nicht umsonst haben sich eine Reihe von linken Grünen enttäuscht von der Partei ab-, und der Linkspartei oder der WASG zugewandt. Einige unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AG Umwelt in der Bundestagsfraktion entstammt diesem politischen Milieu. Menschen, die umwelt- und friedenspolitisch verwurzelt sind, darüber aber die soziale Frage nicht aus dem Blick verlieren. Die keine Lust auf eine Partei mehr hatten, welche Kriegseinsätze, Hartz IV und Privatisierungsorgien verteidigt. Die sich verabschiedet haben von einer Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, welche sich in weiten Teilen am gutverdienenden Mittelstand ausrichtet, dabei aber das untere Drittel der Gesellschaft vergisst.

Ich möchte nicht schwarz-weiß malen. Auch bei den Grünen gibt es Kollegen, die ich sehr schätze. Aber viele von ihnen leiden darunter, dass für maßgebliche Funktionäre ihrer Partei die wachsende Armut nicht mehr schreiende Ungerechtigkeit ist, sondern nur ein unschöner Nebeneffekt im Strukturwandel.

Die Grünen, aber auch die SPD, haben Wähler, Sympathisanten und auch Mitglieder an uns verloren, welche vielleicht noch vor zehn Jahren zur deren festen Kernwählerschaft gehört haben oder hätten. Aber eine noch viel größere Gruppe, so behaupte ich, wartet gegenwärtig ab. Sie hat keine neue politische Heimat gefunden, sofern man diesen Begriff heutzutage noch verwenden kann.

Sozialpolitisch sind viele von ihnen bei uns. Ich kann mir jedoch vorstellen, dass sie bei Linkspartei und WASG ein umweltpolitisches Profil vermissen, das den globalen Problemen, vor denen wir stehen, angemessen ist. Sie erwarten von einer neuen modernen linken Partei nicht nur eine Organisation, die konsequent soziale Gerechtigkeit einfordert, antimilitaristisch ist und den Mut hat, über den Kapitalismus hinauszudenken. Sie erwarten auch eine Partei, die sich glaubhaft dem Klimawandel, dem Artensterben und der Ausplünderung der natürlichen Ressourcen entgegenstellt. Und glaubhaft, dass heißt, mit Konzepten, die nicht nur von einem übersichtlichen Kreis ökologische Engagierter, sondern auch in der Breite der Partei entwickelt, angenommen und umgesetzt werden.

Und daran scheint es immer noch zu mangeln. Schließlich muss es ja Gründe haben, dass der Politikwissenschaftler Ulrich Brandt in seinem Papier zu unserer Konferenz einschätzt, die Linkspartei stehe für Orientierungen hin zu den wichtigsten verteilungspolitischen Fragen. Sie habe jedoch wenig umweltpolitische Kompetenz, und schon gar keine öffentliche Glaubwürdigkeit in dieser Frage.

Brand führt als Beleg auch eine Umfrage der Frankfurter Rundschau von März dieses Jahres an. Nach der wird von der Bevölkerung weder der Linkspartei/PDS noch der WASG umweltpolitische Kompetenz zugeschrieben. Die Zeitung sieht beide Parteien in der aktuellen Diskussion - ich zitiere

„mit Null-Punkten sogar als klimapolitische Totalausfälle“.

Letzteres schmerzt mich besonders. Denn diese Aussage entspricht dann doch nicht der Realität. Gerade in Sachen Klima- und Energiepolitik haben wir uns im Bundestag wirklich ein Bein ausgerissen. Wer beispielsweise im Internet nach Anfragen, Anträgen und Debatten zum Emissionshandel und dessen katastrophaler Entwicklung sucht, wird sehr schnell feststellen, dass hier nicht die Grünen in dieser Wahlperiode Schrittmacher waren, sondern die LINKE. Ähnliches gilt für den Kampf gegen die Macht der Oligopole in der Energiewirtschaft.

Unser kritisches und fachlich fundiertes Engagement haben zwar Bundesregierung und Wirtschaftsverbände mitbekommen. Die Medien aber haben dies vollkommen ignoriert.

Doch auch das hat vor allem hausgemachte Gründe. Es ist eben nicht immer nur bornierte Antipathie oder Recherche-Faulheit mancher Journalisten. Es liegt auch daran, dass deutsche Tageszeitungsredakteure mit der LINKEN in der Regel eben nicht innovative Umweltpolitik assoziieren. Unter den Oppositionsparteien haben die Grünen hier ohne Zweifel die mediale Deutungshoheit. Sie haben im Übrigen auch in Sonntagsumfragen am meisten von der immer breiter werdenden Klimaschutzdebatte profitiert.

Und das ist nicht verwunderlich. Diese Exklusivität haben sie sich erarbeitet. Auch und gerade, weil sie als Anwalt der Umwelt bis hin in ihre kleinen Gliederungen bekannt sind. Insofern ist das Jammern über einen Medien-Boykott an dieser Stelle wenig hilfreich.

Und so kann es dann auch kommen, dass selbst Ulrich Brand, eigentlich ein Kenner der Linkspartei, in seiner Analyse ausblendet, dass die LINKE in Mecklenburg Vorpommer einen erfolgreichen Umweltminister stellte und auch die Umweltpolitiker in den Landtagen und der Bundestagsfraktion fachlich auf Augenhöhe mit den anderen Parteien konkurrieren.

Weil die Defizite der Linkspartei insgesamt in Sachen Umweltpolitik offensichtlich sind, weil es vielfach nur Einzelkämpfer in der Partei und den Fraktionen sind, die sich mit diesen Fragen auseinandersetzen, geht das Engagement der FachpolikerInnen und der Ökologischen Plattform in der Öffentlichkeit oft schlichtweg unter.

Und wenn im letzten Berliner Wahlkampf im Landeswahlprogramm der PDS keinerlei Aussagen zur Umweltpolitik oder Stadtentwicklung zu finden waren, dann ist das nicht nur ein grandioser Managementfehler. Es wird auch offensichtlich, dass die eigenen Genossen gelegentlich die Arbeit ihrer Kollegen aus dem Ökologiebereich geringer schätzen als beispielsweise Umwelt- oder Verkehrsverbände.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste,

ich habe bisher über die Defizite der Linkspartei geredet. Das habe ich etwas drastisch getan und mir ist klar, dass ich so beispielsweise dem Wirken von Wolfgang Methling als erfolgreicher Umweltminister Mecklenburg-Vorpommerns oder auch der kontinuierlichen Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt genauso wenig gerecht werde wie dem Engagement vieler Genossinnen und Genossen auf kommunaler Ebene. Sei es im Kampf gegen Müllverbrennungsanlagen oder für sinnvolle Abwasserkonzepte und regenerative Energien, sei es im Widerstand gegen die Vergewaltigung der letzten frei fließenden Flüsse oder für den Erhalt von Naturschutzgebieten.

Doch unter dem Strich - da sind wir uns wohl einig - bleibt in Sachen Umweltpolitik bei den LINKEN erheblicher Handlungsbedarf.

Und nun kommt die gute Nachricht. Hier bin optimistisch, denn wir sind bereits einen deutlichen Schritt vorangekommen. Nie war so viel in Bewegung in der Umwelt- und Energiepolitik unserer Partei, wie in den letzten zwei Jahren. Hier hat mal wieder das Sein das Bewusstsein bestimmt, denn die Ursache für diese Bewegung kommt von außen: Der drohende Klimakollaps und die explodierenden Energiepreise zwingen die Partei, konkreter Stellung zu beziehen, als bislang.

Der gesellschaftliche Diskurs darum hat sowohl im Parteivorstand als auch in der Bundestagsfraktion zu guten Debatten und kürzlich auch zu Beschlüssen geführt, Klima- und Energiepolitik zu Schwerpunktthemen zu machen. Zahlreiche Anhörungen, Tagungen, Anträge und Anfragen haben dies untersetzt. Beispielsweise zu Biokraftstoffen, zum Emissionshandel, zum Kyoto-Prozess, zur Netzregulierung oder zur europäischen Energiepolitik. Wir haben Heizkostenzuschüsse für niedrige Einkommen gefordert und Stromnetze in öffentliche Hand.

Wir haben Stellungnahmen abgegeben und Initiativen gestartet zu überaus riskanten Scheinlösungen im Klimaschutz, wie die Abscheidung und unterirdische Verpressung

von Kraftwerksemissionen oder zur Geisterdebatte um neue Atomkraftwerke. Und wir sind eingetreten für tatsächliche nachhaltige Lösungen, wie die Forcierung von Energieeinsparung und erneuerbaren Energien.

In Kürze werden wir eine Position verabschieden, wie sich die LINKE den Ausstieg aus der Kohlewirtschaft konkret vorstellt. Mit unseren Außenpolitikern haben wir Projekte zum Thema Klima, Energieressourcen und Konfliktprävention am Laufen. Die Landwirte arbeiten an der komplizierten Frage welchen Beitrag Biokraftstoffe tatsächlich zur Lösung des Klimaproblems leisten können. Erinnerung sei hier an die Debatte darum, ob Mais in den Tank oder auf den Teller gehört. Zudem kämpfen sie mit viel Sachverstand gegen die grüne Gentechnik und für eine Ökologisierung der Landwirtschaft. Unserer Kollegen im Verkehrsbereich wiederum arbeiten unablässig gegen den Börsengang der Bahn und dafür, dass nicht mehr, sondern weniger Verkehr auf unseren Straßen rollt.

Nebenbei beackern wir natürlich weiterhin die klassischen Themen der Umweltpolitik, als da wären Abfall, Wasser und Abwasser, Immissionsschutz, Natur-, Arten- und Tierschutz, Meeres- und Tropenwaldschutz sowie die Chemikalienpolitik. Doch unser Schwerpunkt bleibt Klima- und Energiepolitik. Und zwar weil es sich für die LINKE geradezu aufdrängt!

Nirgendwo wird so offensichtlich, dass das herrschende Wachstums- und Regulierungsmodell der kapitalistischen Marktwirtschaft an seine Grenzen stößt. Geradezu plastisch wird, wie unser überkommenes fossil-atomares Energiesystem in der Hand von riesigen Konzernen nicht nur mit dem Erdklima kollidiert, sondern auch politische und soziale Konflikte provoziert.

Laut UN-Klimagremium IPCC könnte bis zum Jahr 2100 die Erdmitteltemperatur um bis zu 6,4 Grad steigen. Doch schon die Hälfte wäre eine Katastrophe. Für diesen Fall werden beispielsweise rund ein Drittel weniger Niederschläge südlich und östlich des Mittelmeers vorhergesagt. Was dies für die Sub-Sahara oder den Nahen Osten bedeuten würde, ist kaum auszumalen. Und meterhohe Dammbauten gegen die Fluten des ansteigenden Meeresspiegels könnten sich vielleicht Deutschland und Holland leisten, jedoch kaum Indien oder Bangladesch.

Neben den direkten Umweltwirkungen wird ein deutlicher Klimawandel in armen Ländern schwere Konflikte nach sich ziehen, beispielsweise aufgrund notwendiger Umsiedlungen oder im Kampf ums Wasser. Dass infolgedessen auch Spannungen verschärft würden, die bereits wegen sozialer Konflikte oder religiös motivierter Auseinandersetzungen bestehen, liegt auf der Hand.

Der global ungebremst wachsende Ausstoß von Treibhausgasen steht im direkten Zusammenhang mit einem weiteren Zündstoff, welcher dieses Jahrhundert wesentlich bestimmen wird: Der Verteilungskampf um schrumpfende fossile Energierohstoffe. Auch dieser Prozess zieht sekundäre Konflikte nach sich. Beispiele dafür sind die Kriege im Mittleren Osten oder die innerstaatlichen Konflikte in Nigeria oder im Tschad.

Aus drohendem Klimawandel und Ressourcenkonflikten folgt: Eine Energiewende - weg von Öl und Kohle, hin zu erneuerbaren Energien und Energieeinsparung - ist

nicht nur wichtigster Baustein im Kampf gegen die Erderwärmung. Der Wandel des Energiesystems ist auch sicherheitspolitische Investition und solidarische Entwicklungspolitik zugleich. Er eröffnet darüber hinaus neue Perspektiven für eine linke Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik.

Eine nachhaltige Energiepolitik erfordert ein radikales Umdenken in Kosummustern und persönlichem Verhalten. Das heißt anders leben, und nicht schlechter. Wir sind dafür, dass der Wochenendtrip mit dem Billigflieger nach Paris oder Barcelona wieder Luxus wird. Beispielsweise durch eine wirksame Kerosinbesteuerung. Wir werden aber mit aller Kraft dagegen kämpfen, dass Energiepolitik zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führt, indem für Einkommensschwache warme Wohnungen und angemessene Mobilität Luxusgüter werden. Das ist einer der Gründe, warum die PDS seinerzeit gegen das rotgrüne Modell der Ökosteuer war. Nicht weil wir keine wollten, sondern weil die Steuer alle traf, die gleichzeitige Entlastung von der Sozialversicherung jedoch nur Unternehmen und gutbezahlten Beschäftigten nutzte, nicht aber Niedrigverdienern, Sozialhilfeempfängern oder Studenten.

In diesem Sinne werden wir weiterhin einer elitären Umweltpolitik entgegenzutreten, die beispielsweise Energiearmut bei Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten als hinnehmbaren Kollateralschaden im Klimaschutz verbucht.

Das klingt jetzt knackig, ist aber eine enorme intellektuellen und politischen Herausforderungen für die LINKE: Wir haben schließlich immer gesagt, die Umwelt soll ihren Preis haben, und der Preis soll die ökologische Wahrheit sprechen, wie dies Ernst Ulrich von Weizsäcker einmal formulierte. Was nun aber, wenn die Preise wegen knappen Rohstoffen so rasant ansteigen, dass soziale Gerechtigkeit noch weiter unter die Räder gerät?

Es stimmt, je schneller erneuerbare Energien und Energieeffizienz uns von fossilen Importen unabhängig machen, umso weniger teuer und weniger konfliktbeladener wird die Energiewende. Doch noch sind die meisten Regenerativen kostspielig. Die Kilowattstunde aus Fotovoltaik etwa kostet momentan bei der Produktion noch zehnmal so viel, wie konventioneller Strom.

Und welche Probleme uns importiertes Ethanol aus Zuckerrohr oder Biodiesel aus Ölpalmen beschern können, habe ich angedeutet. Der Name Biosprit dafür wäre lachhaft. Denn die Vernichtung von Nahrung und Regenwald in Brasilien oder Indonesien ist hier der Preis, um die Autogesellschaft der Industriestaaten am Laufen zu halten. Wir werden also mit weiter steigenden Kraftstoffpreisen leben müssen.

Einen Ausweg böten energiesparende Geräte, umfassende Wärmedämmungsprogramme und ein völlig neues Konzept für einen bezahlbaren öffentlichen Verkehr. Das sind zufällig genau die Bereiche mit den größten Handlungsdefiziten in Deutschland. Vielleicht, weil hier nicht so schön Geld zu verdienen ist, wie mit abgeschriebenen Atomkraftwerken und neuerdings auch mit überbezahlten Solaranlagen.

Was ich mit den Beispielen illustrieren wollte, ist der soziale Sprengstoff, der in der Energiewende liegt. Sie selbst ist alternativlos und technisch genauso zu bewältigen wie ökonomisch. Das ist auch die Grundaussage des jüngsten Berichtes des

Weltklimarates IPCC. Wie jedoch der Weg dorthin aussehen wird, wer die Gewinner und wer die Verlierer in diesem Prozess sein werden, ist noch unklar. Dies wird unter anderem dadurch bestimmt werden, wie stark und intelligent sich eine neue LINKE hier einbringt. Denn dieser Kampf ist auch eine Auseinandersetzung zwischen Neoliberalismus mit grünem Antlitz und einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung.

Eins ist klar: Wenn warme Wohnungen im Winter und angemessene Mobilität für ärmere Bürgerinnen und Bürger unbezahlbar werden, wird jeder ökologische Wandel scheitern. Und zwar zu recht. Auf der anderen Seite wird der notwendige Ausstieg aus der Kohle lokal aber auch zu Strukturbrüchen führen, die eine Linke akzeptieren und vor Ort erst aushalten muss. Denn machen wir uns nichts vor: Erneuerbare Energien schaffen zwar deutlich mehr Arbeitsplätze, als in der konventionellen Energieerzeugung wegfallen. Aber natürlich nur selten am selben Ort und zur selben Zeit.

Widersprüchlich wird es auch bleiben, denn wenn wir einen Schritt weiter gehen. Denn dann stellt sich die Frage, ob Wachstumsgesellschaften tatsächlich auf Dauer umweltverträglich sein können. Dass mehr Effizienz immer wieder durch Wachstum aufgefressen werden kann, sehen wir die letzten Jahre an der CO₂-Bilanz der Bundesrepublik. Unsere Emissionen liegen heute über denen von 1999. Nach dem Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft ist an absoluter CO₂-Reduktion nicht mehr viel passiert.

Doch Wirtschaftsmodelle ohne Wachstum, also stationäres Wirtschaften, wäre absolutes Neuland. Bei wachsender Arbeitsproduktivität könnte Arbeitslosigkeit hier nur verhindert werden, wenn Arbeit und Einkommen in einem völlig anderem Ausmaß umverteilt werden würden, als das unter kapitalistischen Bedingungen möglich ist. Kommen wir also an die ökologischen Grenzen des Kapitalismus? Und wenn ja, was kommt dahinter?

Spannende Fragen. Aber vielleicht bringen wir zunächst erst einmal die neue Partei ökologisch auf Trab. Die Visionen bleiben uns ja erhalten. Und darum möchte ich abschließend dafür werben, den Parteibildungsprozess als Chance zu begreifen. Und zwar dafür, dass neue die LINKE einen bislang umbesetzten Platz in der Parteienlandschaft ausfüllt. Nämlich den, wo soziale Gerechtigkeit und mit nachhaltiger Entwicklung verbunden wird.

Viele Wählerinnen und Wähler im Grenzbereich zwischen Linken und Grünen wünschen sich sehnlichst eine grüne Linke. Eine Partei, die guten Gewissens als Alternative wählbar wird. Wählbar, weil sie kontinuierlich und hartnäckig Partei ergreift für sozial Schwache, weil sie für Frieden und Solidarität zwischen den Völkern eintritt, und weil sie gleichzeitig für einen tatsächlich nachhaltigen Umgang mit der Natur steht.

Ich hoffe, D A S bleibt nicht nur Vision. In diesem Sinne wünsche ich unserer Tagung viel Erfolg und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.